

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 98/39
Telefax: 8 96 946 pbbn d
Telefax: 21 66 64



Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger
MdB zum „Republikaner“-
Parteitag in Rosenheim:
Hemmungslose Hetze.

Seite 1

Jochen Welt zur Belastung,
die einer NRW-Kommune
aus dem Übersiedlerstrom
entsteht: Innerdeutsche
Freude und sozialer Friede.

Seite 2

45. Jahrgang / 10

15. Januar 1990

Hemmungslose Hetze

Zum „Republikaner“-Parteitag in Rosenheim

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD

Franz Schönhuber hat sich in Rosenheim, das einer seiner Getreuen verräterisch zur „Hauptstadt der Bewegung“ ausruft, als demagogischer politischer „Drogenhändler“ demaskiert. Mit seiner radikalen Droge „Wiedervereinigung jetzt!“ versucht er die zusammenwachsenden Deutschen in Ost und West in einem nationalistischen Rausch aufzuputschen, um sie von den inhaltlichen Blößen der Reps abzulenken. Aus der Geschichte wie aus der Rauschgiftszene wissen wir: Drogen helfen nicht, im Gegenteil, sie zerstören Menschen und Völker.

Wie das Chaos und Tohuwabohu der Rosenheimer Programmdebatte abermals bewiesen hat, haben die Reps auf die wirklich drängenden Alltagsprobleme der Menschen - soziale Gerechtigkeit, Wohnungsnot, Bewahrung und Rettung unserer Umwelt bei weiterem wirtschaftlichen Wohlstand - auch nicht den Schimmer einer Antwort.

Schönhubers Ausfälle gegen den Bundespräsidenten, seine markigen Sprüche gegen unsere westlichen Verbündeten und der frenetische Beifall der 1.200 Delegierten für seine widerwärtige hemmungslose Hetze gegen einen Repräsentanten unserer jüdischen Mitbürger entlarven die Parteimitglieder der Reps als Rechtsradikale, die sich in Rosenheim durch die Verabschiedung eines geschönten neuen Programms für die Wähler nur eine bürgerliche Tarnkappe zur Wählertäuschung überziehen wollten.

(-/15.1.1990/va-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erweiteter Einsatz
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Innerdeutsche Freude und sozialer Friede

Zur Belastung, die einer NRW-Kommune aus dem Übersiedlerstrom entsteht

Von Jochen Welt
Bürgermeister von Recklinghausen

Unstreitig sind die letzten Monate des vergangenen Jahres Anlaß zur innerdeutschen Freude geworden: der unvergeßliche 9. November, die offenen Grenzen, die Freizügigkeit für Menschen, die jahrelang nur Unfreiheit erlebt haben, die nun (ihren Ausflug, aber auch ihren Aufenthalt) selbst bestimmen können, wie lang sie wohin fahren wollen.

Als die Meldung durch Rundfunk und Fernsehen kam, bewegte sie mehr als nur die Gedanken der Menschen, bewegte sie die Herzen. Große Freude hüben und drüben.

Doch keine zwei Monate sind ins Land gezogen, da hat uns die sozialpolitische Realität dieser neuen Freizügigkeit eingeholt. Vor dem Hintergrund ständig steigender Aussiedlerzahlen aus den osteuropäischen Ländern werden mögliche zusätzliche Übersiedler aus der DDR nicht nur als herzlich willkommenen Brüder und Schwestern gesehen und empfangen. Nein, jetzt werden sie vielfach wie die anderen als lästige Konkurrenten um Arbeitsplätze, um Wohnungen, um Kindergartenplätze, um die verschiedensten Leistungen unseres sozialen Systems betrachtet.

Ja, sie sind im Einzelfall sogar die, die den Bürgern ihre Turnhalle wegnehmen, weil diese als Notunterkunft genutzt werden muß.

Gerade die Notunterbringung in einer Turnhalle hat Diskussionen eröffnet und offensichtlich Gefühle ans Tageslicht gebracht, die lange Zeit verschüttet waren, oder die man sich nicht öffentlich zu äußern wagte.

Aber nun gab es ja gute Gründe. Es ging um den Sport für die Schüler, es ging um den Sport für die Vereinsmitglieder - warum mußte es gerade diese Turnhalle sein? Es gibt über 30 andere. Grundsätzlich hat man ja nichts gegen eine vorübergehende Belegung mit Aus- und Übersiedlern, aber es hätten noch andere Möglichkeiten gefunden werden können. Argumente, Sachargumente, wie man sie aus der politischen Diskussion kennt.

Immer, wenn diese vorgetragen werden, geht es schon ums Grundsätzliche.

Und es ist notwendig, daß man sich gerade dieser Grundsatzdiskussion stellt, weil der anhaltende Zustrom von Aus- und Übersiedlern mehr und mehr als Konkurrenz für die einheimische Bevölkerung gesehen wird und weil diese Situation mehr und mehr als eine Bedrohung des sozialen Friedens in diesem Lande empfunden wird, ja ist.

Allein die Zahlen sprechen da eine beredete Sprache. Während im Jahre 1987 nur knapp 100.000 Aus- und Übersiedler in die Bundesrepublik kamen, werden nach neuesten Schätzungen für 1989 über 500.000 Aus- und Übersiedler erwartet. Auch für die kommenden Jahre ist mit diesen Zahlen zu rechnen.

Wenn in eine Stadt wie Recklinghausen mit ihren 125.000 Einwohnern, mit den spezifischen strukturellen Problemen, in den vergangenen Jahren mehr als die erwarteten 1.500 Aus- und Übersiedler kommen und darüber hinaus noch eine große Zahl von Asylanten, wenn die Tendenz dieser Zuwanderung eher steigend ist, so stößt das an die Grenzen der kommunalen Leistungs- und Integrationsfähigkeit. Ängste machen sich breit und vor allem politische Ohnmacht wird mehr und mehr für Bürger und Politiker spürbar.

So lassen sich sicherlich die nur vorübergehende Nutzung von Turnhallen und der damit verbundene Ausfall von Sport- und Übungsstunden für Schulen und Vereine rechtfertigen. Es bleibt zu hoffen, daß man auch das notwendige Verständnis erreicht. Schwieriger und weitaus gefährlicher ist die inzwischen bestehende Diskussion über die sich abzeichnende Konkurrenz bei den Arbeitsplätzen, im Kindergartenbereich und insbesondere auf dem Wohnungsmarkt.

Es fällt auf, daß 49 Prozent der Aussiedler und 41 Prozent der Übersiedler Industrie- und Handwerksberufe haben, während dies bei der einheimischen Bevölkerung nur bei 34 Prozent der Fall ist. Der größte Teil der einheimischen Bevölkerung ist also im Dienstleistungsbereich beruflich tätig. Entspre-

chend ist die berufliche Struktur auch bei den Arbeitslosen und insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen. Das führte bislang zu den Hinweisen aus Industrie und Handwerk, daß es kaum möglich sei, Facharbeiter zu bekommen. Es kamen sogar Klagen, daß die annähernd zwei Millionen Arbeitslosen wohl gar nicht arbeiten wollten.

Nun hat sich die Situation geändert. Die freiwerdenden Stellen im Industrie- und Handwerksbereich werden bei anhaltend guter Konjunktur zunehmend mit Aus- und Übersiedlern besetzt. Mit Aus- und Übersiedlern also, die die Grundqualifikation im handwerklichen und industriellen Fertigungsbereich haben. Die einheimischen Arbeitslosen haben das Nachsehen, so sehen sie es vereinfacht, da sie nicht zwischen den Berufssparten differenzieren. Holzschnittartig und emotional wird argumentiert. „Ich bin seit drei Jahren arbeitslos“. „Die kommen rüber und bekommen gleich einen Job.“

Schon hier also fällt auf, daß ohne Not Aussiedler- und Übersiedlerpolitik auf dem Rücken der sozial Schwachen gemacht wird. Ohne Not sind Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme nach dem Arbeitsförderungsgesetz gestrichen oder gekürzt worden, während sprachliche Integrationsmaßnahmen, Spezialqualifizierung für Aus- und Übersiedler inzwischen zur Genüge angeboten werden.

Sind hier also Verständnislosigkeit, Resignation oder die blanke Wut so unbegründet?

Auch die Situation im Kindergartenbereich hat sich drastisch verschärft. Wir konnten feststellen, daß erfreulicherweise immer mehr Eltern eine vorschulische Erziehung ihrer Kinder für notwendig erachten. Die lange Zeit hochgehaltene Landesquote von 75 Prozent aller kindergartenfähigen Kinder sind also mehr als unrealistisch. Hinzu kommen eine in den letzten Jahren steigende Geburtenzahl.

Die kommunalen Kinderleitpläne haben sich auf diese Entwicklung eingestellt. Der Kindergartenleitplan für Recklinghausen zum Beispiel wurde revidiert. Über 100 zusätzliche Plätze sollen diesen veränderten Bedingungen Rechnung tragen.

Die Situation hat sich allerdings durch den Zuzug von Aus- und Übersiedlern enorm verschärft. So ist in Recklinghausen allein mit jährlich 75 bis 100 Kindern zwischen eins und sechs Jahren zusätzlich zu rechnen, so daß die entsprechenden Angebote auch in Kindergärten bereitgehalten werden müssen.

Wir müssen aufgrund dieser Entwicklung davon ausgehen, daß eine Stadt wie Recklinghausen in den nächsten Jahren an die 300 Plätze allein aufgrund des Zuzugs von Aus- und Übersiedlern bereitstellen müßte. In der gesamten Bundesrepublik geht man von 37.500 zusätzliche Kindergartenplätzen in den nächsten drei Jahren aus. Dabei ist auch zu beachten, daß der Anteil der Ganztagsplätze jeweils verstärkt berücksichtigt werden muß.

Während wir also in der Bundesrepublik erhebliche zusätzliche Investitionen tätigen müssen, für Kindergartenplätze zusätzlich 8.000 bis 10.000 DM pro Jahr, gibt es auch in den Ländern des Ostens, insbesondere aber in der DDR, im vorschulischen Bereich eine gewachsene und durchaus funktionierende, vielleicht verbesserungsbedürftige Infrastruktur.

In Gesprächen mit Bürgern, bei Versammlungen, in Sprechstunden wird auf die einseitige Bevorzugung von Aus- und Übersiedlern bei der Vergabe von Kindergartenplätzen hingewiesen. Dieses wird mehr und mehr als Unrecht empfunden. Eine unbefriedigende Situation, die das Gemeinwesen in vielerlei Hinsicht belastet, als sozialer Sprengstoff empfunden wird.

Besonders krass ist die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. In den vergangenen Jahren haben sich die Wohnbedürfnisse der Bürger der Bundesrepublik entscheidend verändert, mehr Einzelhaushalte, mehr Ältere. Es gab eine Vielzahl von Gründen für den Anstieg des bundesrepublikanischen Wohnungsbedarfs. Für eine Stadt wie Recklinghausen ging man bis vor zwei Jahren von einem jährlichen Bedarf an zusätzlichen Wohnungseinheiten in einer Größenordnung von 200 bis maximal 300 aus. Auch schon zu dieser Zeit konnten die Kommunalpolitiker mit gutem Grund von einer sich abzeichnenden Wohnungsnot sprechen. Diese Einschätzung wurde durch die Bonner Opposition, durch den Städtetag und auch durch den Mieterbund geteilt. Auch massive politische Vorstöße haben in dieser Zeit nicht dazu geführt, den Wohnungsmarkt seit 1984 wieder zu beleben, weil in der Bonner Koalition der Wille zur Kursänderung fehlte.

Besonders krass ist die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. In den vergangenen Jahren haben sich die Wohnbedürfnisse der Bürger der Bundesrepublik entscheidend verändert, mehr Einzelhaushalte, mehr Ältere. Es gab eine Vielzahl von Gründen für den Anstieg des bundesrepublikanischen Wohnungsbedarfs. Für eine Stadt wie Recklinghausen ging man bis vor zwei Jahren von einem jährlichen Bedarf an zusätzlichen Wohnungseinheiten in einer Größenordnung von 200 bis maximal 300 aus. Auch schon zu dieser Zeit konnten die Kommunalpolitiker mit gutem Grund von einer sich abzeichnenden Wohnungsnot sprechen. Diese Einschätzung wurde durch die Bonner Opposition, durch den Städtetag und auch durch den Mieterbund geteilt. Auch massive politische Vorstöße haben in dieser Zeit nicht dazu geführt, den Wohnungsmarkt seit 1984 wieder zu beleben, weil in der Bonner Koalition der Wille zur Kursänderung fehlte.

Nun hat sich die Situation dramatisch verschärft. Beim Amt für Wohnungswesen der Stadt Recklinghausen wird der derzeitige Jahresbedarf auf circa 900 Wohnungen geschätzt. Einheimische sowie Aus- und Übersiedler konkurrieren um die wenigen freien Wohnungen, Mietpreise steigen in bislang nie dagewesene Höhen, immer mehr Menschen leben in unwürdigen Wohnverhältnissen.

Aufgrund der vorhandenen Anträge auf Wohnungsbauförderung könnten in Recklinghausen sofort 397 neue Mietwohnungen geschaffen werden. Private und Wohnungsgesellschaften warten auf entsprechende Sozialmittel. Aber auch hier sieht es trotz vieler Versprechungen sehr düster aus. 1989 sind für Recklinghausen im sozialen Wohnungsbau 48 Wohneinheiten zur Verfügung gestellt, im Vorgriff auf 1990 wurden weitere 34 Wohneinheiten bewilligt.

Nach vorsichtigen Schätzungen des Amtes für Wohnungswesen rechnet man hier für 1990 lediglich mit einem Kontingent von 60 Mietwohnungen.

Die Kapazitäten und Möglichkeiten aber in Recklinghausen liegen weit über den genannten 397 Mietwohnungen, die sofort errichtet werden können. Das Planungsrecht für den Bau von Mietwohnungen ist in Arbeit und die Wohnungsgesellschaften haben sich bereiterklärt, bei Bedarf umgehend mit Neubaumaßnahmen zur Verfügung zu stehen.

Diese Situation erinnert an die Wohnungsnot der Nachkriegszeit. Es gibt hier nur einen ganz entscheidenden Unterschied. Die Knappheit, die Armut und die begrenzten Möglichkeiten der jungen Bundesrepublik Deutschland waren seinerzeit offensichtlich und verständlich. Heute versagt ein reiches Land mit riesigen finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten. Und es gibt einen weiteren Unterschied zu früher: in der jungen Bundesrepublik war eine übergroße Zahl an Menschen betroffen und belastet. In der heutigen Situation aber bedrückt diese soziale und materielle Last überwiegend die sozial schwächeren Gruppen des Landes.

Was hier an den Beispielen „Kindergarten“ und „Wohnungsbau“ aus kommunaler Sicht beschrieben wurde, läßt sich in vielen anderen Bereichen, von „Schule“ über die „Sozialhilfe“ weiterentwickeln. Es geht um die Funktionstüchtigkeit der vorhandenen kommunalen Infrastruktur. Manche Städte mit sinkenden Einwohnerzahlen mögen den Zuzug nicht nur verkraften, sondern sogar begrüßen. Das vorhandene gutausgebaute Netz kommunaler Einrichtungen kann nun von einer ausreichenden Anzahl von Menschen genutzt werden.

Es gibt aber eine Vielzahl von Städten, deren Infrastruktur bereits ausgelastet ist und die jetzt vor dem Problem stehen, ihre Zielzahlen zur Stadtentwicklung den neuen Einwohnerzahlen anpassen zu müssen, was natürlich mit erheblichen Aufwendungen verbunden ist.

Vorstellbar wird, daß die Freude über die offenen Grenzen aufgrund der spürbaren sozialen Probleme umschlägt. Ängste, aber auch Zorn sind inzwischen bekannte Wegbegleiter in der Aussiedler- und Übersiedlerdiskussion. Ohne zusätzliche Hilfen für die Gemeinden, die sich in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden um die praktischen Lebensprobleme kümmern müssen und ohne vertragliche Absicherung im sozialen Bereich zwischen DDR und BRD wird die derzeitige Aus- und Übersiedlerpolitik allein auf dem Rücken der sozial Schwachen gemacht. Eine Revision der gegen-

wärtigen Politik ist dringend notwendig, weg vom Reden, weg von der Ankündigungspolitik, hin zu rechtlicher, materieller und praktischer Hilfe für die Gemeinden. Tränen der Rührung in den Augen von Spitzenpolitikern trüben leider den Blick für die sozialen Realitäten, die ihre Bürger bedrücken.

Was die Gemeinden brauchen, ist eine Begrenzung des Zuzugs von Aussiedlern aus den osteuropäischen Ländern. Die Frage stellt sich, ob nicht in leider vielen Fällen allein der Wunsch nach Verbesserung der eigenen materiellen Lebensbedingungen Motivation und Legitimation dafür ist, mit fragwürdigen rechtlichen Konstruktionen die Deutschzugehörigkeit von 1937 her abzuleiten und nachzuweisen, um so die Möglichkeit zu erhalten, Bürger der Bundesrepublik zu werden.

Exaktere Definitionen, genauere Überprüfungen, Eingrenzungen des Personenkreises würden die Zahl, insbesondere aus Polen zu uns kommender Aussiedler drastisch reduzieren und unsere Bevölkerung das Gefühl von Gleichbehandlung vermitteln.

Eine entsprechende Forderung des Sozialausschusses des Deutschen Städtetages weist hier auf notwendige konkrete Schritte hin.

Darüber hinaus ist es dringend notwendig, im Rahmen von Quotierungsvereinbarungen mit den Herkunftsländern den Zuzug von Aussiedlern zeitlich zu regulieren.

Ebenso notwendig ist eine differenzierte Zuweisungsplanung über das bislang angewandte Verfahren hinaus, das auch eine größere Verteilung in der Fläche, sprich ländliche Gemeinden, möglich macht.

Was die Länder Osteuropas und insbesondere die DDR derzeit benötigen, ist die moralische aber auch besonders die materielle Unterstützung bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Die materiellen Hilfen für die Sowjetunion, die ja nur mit Gorbatschow der eigentliche Garant der gegenwärtigen Entwicklung in Osteuropa sein kann, war von Seiten der westlichen Industriestaaten mehr als spärlich. Ausmalen muß man sich, was dann geschieht, wenn es Gorbatschow nicht gelingt, die Sowjetbürger über den strengen sowjetischen Winter zu bringen. Der Sturz dieses Mannes hätte unübersehbare Folgen für den Weltfrieden.

Materielle Hilfe heißt hier, materielle Hilfe auch ohne Vorbedingung und materielle Hilfe heißt hier auch schnelle Hilfe der Industrieländer, die durchaus in der Lage sind, zu Lasten ihres Rüstungsstats in den osteuropäischen Ländern schnelle Hilfe zu leisten. Für die Unterstützung der Entwicklung im Ostblock und damit ja zur Stützung des Weltfriedens sind letztendlich sogar wirtschaftliche Opfer nötig und vertretbar.

Es ist insbesondere notwendig, in der DDR all diejenigen zu unterstützen, die bleiben wollen, die das Gemeinwesen in der DDR neu organisieren und aufbauen wollen, die mit dazu beitragen, daß dieses Gemeinwesen für die Zukunft attraktiv ist, daß es Vertrauen vermittelt und viele DDR-Bürger veranlaßt, in ihrem Lande zu bleiben.

Unterstützungen sind hier auf allen politischen Ebenen notwendig. Auch die Gemeinden können, wie zum Beispiel Recklinghausen, im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Schmalkalden oder im Rahmen von direkten Projekthilfen wirkungsvolle Hilfe leisten. Hilfen sind insbesondere im medizinischen Bereich notwendig. Die durch eine Recklinghäuser Delegation in Schmalkalden ange-troffene Versorgungslage ist katastrophal. Sie erinnert an den Ausstattungsstandard der Nachkriegsjahre. Bei den öffentlichen Einrichtungen, den Schulen, den Krankenhäusern gibt es zum Teil erhebliche, aber behebbare Mängel. In den Gemeinden fehlen Geräte für den Straßenbau, für Reparaturmaßnahmen und auch für die einfachsten Dinge wie zum Beispiel bei der Müllentsorgung.

Die Liste ließe sich ergänzen um den Umweltschutz, die Denkmalpflege und insbesondere die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur durch Beratung und Unterstützung bei einer Differenzierung des Wirtschaftssystems.

Dies alles ist nötig, weil es eben mehr Sinn macht, den Menschen dort zu helfen, wo sie leben. Dort wo sie ihre Heimat haben, in einem von ihnen aufgebauten und geprägten Gemeinwesen, in einem schönen und liebenswerten Land. Es gilt, mit direkter Hilfe den Menschen Vertrauen und Perspektiven zu vermitteln, ihnen ihr Dabeibleben und Mitarbeiten sinnvoll zu machen. Es gilt, durch eine direkte Hilfe dort auch sozialen Konfliktstoff in der Bundesrepublik zu reduzieren, was eben nur durch Hilfe vor Ort geschehen kann.

Unabhängig von diesen direkten Hilfen muß die Situation derjenigen verbessert werden, die bei uns sind und die durch den Zustrom von Aus- und Übersiedlern besonders belastet werden. Notwendig sind spürbare Aufstockungen im sozialen Wohnungsbau, Sonderzuweisungen für Investitionen und Betriebskosten bei Kindergärten und Kindertagesstätten, Personelle und materielle Unterstützung sowie die Sonderförderung von Aus- und Übersiedlern in den Schulen sowie eine qualifizierte Fortschreibung der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz unterstützen dies.

Alle diese Hilfen müssen aber die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden bedenken. Auch Einzelfördermaßnahmen mit Zuschüssen von bis zu 80 Prozent fordern Gemeinden bei derartigem Problemdruck, bei derartig hohen Investitionssummen weit über die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit hinaus. 100 Prozent-Förderung von Bund und Land für direkte Maßnahmen im Aus- und Übersiedlerbereich sind unabdingbar.

Abschließend ist zu sagen, daß die Gemeinden bereit sind, ihren Beitrag zu leisten. Einen Beitrag in direkter Zusammenarbeit mit den Städten in der DDR, aber auch in Ihren Bemühungen um die Verbesserung der Situation der Aus- und Übersiedler in der Bundesrepublik. Was Not tut, ist spürbare materielle Unterstützung, damit auch die für die Einheimischen notwendigen Aufgaben der Stadterneuerung und Stadtentwicklung durchgeführt werden können, damit notwendige Hilfsmaßnahmen nicht zu Lasten der sozial schwachen Bürgerinnen und Bürger gehen.

Diese Unterstützung ist dringend. Viel Zeit ist nicht mehr. Sonst schlägt das noch vorhandene Glücksgefühl über die Wiedererlangung der deutschen Freiheit endgültig in Wut und Empörung um.

Eine Entwicklung, die wir uns nicht erlauben können.

(-/15.1.1990/vo-he/rs)

* * *